

Pressestelle

Claudia Beck

Fraktionsgeschäftsführerin
Pressesprecherin
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/5002 509
Mobil: 0171/47 57 934
c.beck@landtag-saar.de

Laufzeitverlängerung für AKW: Falsche Politik gegen die Interessen der Bevölkerung zu Gunsten der Atomlobby

Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts zur Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke erklärt der Fraktionsvorsitzende der Grünen im saarländischen Landtag, Hubert Ulrich:

"Die Bundesregierung hat sich zur Anwältin der Interessen der Atomlobby gemacht. Der ausgehandelte Deal heißt: Laufzeitverlängerung gegen Geld. Diese Entscheidung von Schwarz-Gelb ist unverantwortlich – Atomkraft ist gefährlich, teuer und die Frage der endgültigen Lagerung des Atommülls immer noch ungeklärt. Der 2002 beschlossene Atomausstieg wird ohne sachlichen Grund aufgekündigt. Die Bundesregierung macht damit eine Politik gegen die Mehrheit und auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung. Sie belastet die nachfolgenden Generationen mit fast unlösbaren Problemen. Die deutschen AKWs entsprechen dem technischen Standard der 1970er und 1980er Jahre. Keines der in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke wäre heute noch genehmigungsfähig. Selbst technische Nachrüstungen würden am mangelnden Sicherheitszustand kaum etwas ändern. Die angekündigte Restlaufzeitverlängerung wird zu einer Erhöhung der Atom-Risiken führen. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Die einzigen Nutznießer der Laufzeitverlängerungen sind die Atomstromkonzerne."

Auch greife die Argumentation der Bundeskanzlerin, mit dem beschlossenen Konzept verfüge Deutschland über die effizienteste und umweltverträglichste Energieversorgung weltweit, nicht. Die Atomkraft trage weltweit mit etwa 2 Prozent nur marginal zur Deckung des Endenergiebedarfs bei, in Deutschland seien es rund 6 Prozent. Schon deshalb könne die Atomkraft kaum zum Klimaschutz beitragen. Ulrich: "Die Atomkraft schadet dem Klimaschutz. Mit jedem Jahr Laufzeitverlängerung verschlechtern sich die Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien. Wir werden erbitterten Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung leisten. Im Bundesrat wird das Saarland gegen die Verlängerung stimmen."